

Beschluss Vertrauen wiederherstellen: Sicherheit für alle Menschen in NRW

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 24.05.2025
Tagesordnungspunkt: 11. Dringlichkeitsanträge

Antragstext

- 1 Die Landesdelegiertenkonferenz der GRÜNEN NRW ist bestürzt über den Tod von
2 Lorenz A., der bei einem Polizeieinsatz am 20. April 2025 in Oldenburg durch
3 mehrere Schüsse eines Polizisten – davon drei von hinten – getötet wurde. Unsere
4 Anteilnahme gilt der Familie und den Freund*innen von Lorenz A.
- 5 Der Fall muss gründlich aufgeklärt und alle Fragen beantwortet werden. Nur so kann
6 das Vertrauen in den Rechtsstaat gestärkt oder zurückgewonnen werden. Eine
7 umfangreiche Aufklärung ist auch im Interesse der Beamtinnen und Beamten, die
8 sich jeden Tag korrekt verhalten und unsere vielfältige und demokratische
9 Gesellschaft schützen.
- 10 Der Tod von Lorenz A. lässt bittere Erinnerungen an den Tod von Mouhamed Lamine
11 Dramé aufkommen, der bei einem Polizeieinsatz in Dortmund im August 2022
12 erschossen wurde. Die Sicherheit aller Menschen in NRW muss gewährleistet sein,
13 auch in psychischen Ausnahmesituationen, wenn sie von Rassismus betroffen oder
14 sozial marginalisiert sind.
- 15 Diese Vorfälle haben in vielen migrantischen Communities und bei Schwarzen
16 Menschen in NRW zu einem massiven Vertrauensverlust geführt. Der Tod von Lorenz
17 A. hat diese Ängste erneut aktiviert und verdeutlicht, dass es konkrete
18 Veränderungen braucht. Es ist unser Anspruch, dass alle Menschen in NRW sicher
19 sind. Dabei hat die Polizei als Trägerin des staatlichen Gewaltmonopols eine
20 zentrale Rolle.
- 21 Wir fordern daher für Nordrhein-Westfalen:
- 22 1. Die zügige personelle Besetzung der Stelle der oder des unabhängigen
23 Polizeibeauftragten, die sowohl für Bürgerinnen und Bürger als auch für
24 Polizeibeamtinnen und -beamten ansprechbar ist;
 - 25 2. weiterhin die regelmäßige Auseinandersetzung mit den Werten unserer
26 Demokratie, die auch für unsere rechtsstaatliche Polizei handlungsleitend
27 sind, sowie verpflichtende Lehrinhalte zu Interkulturalität und
28 Rassismuskritik, Diskriminierungsarbeit und Deeskalation in der Aus- und
29 Fortbildung aller Polizeikräfte.
30 Die sogenannte „Alltagsreflexion“ für Polizeikräfte mit
31 Bürger*innenkontakt soll häufiger stattfinden und auch Sachbearbeitende in
32 den Kommissariaten einbeziehen. Sie dient der psychosozialen Entlastung
33 und der frühzeitigen Reflexion möglicher rassistischer Stereotype;
 - 34 3. den Ausbau des Einsatztrainings der Polizei NRW mit Fokus auf den Umgang
35 mit Menschen in psychischen Ausnahmesituationen weiter voranbringen.

- 36 Darüber hinaus müssen Interventionsnetzwerke mit psychologischen und
37 medizinischen Einrichtungen geschaffen werden;
- 38 4. einen regelmäßigen Dialog zwischen Polizei und Zivilgesellschaft, u.a. mit
39 den Selbstorganisationen von Migrant*innen, Religionsgemeinschaften,
40 Jugendeinrichtungen und sozialen Beratungsstellen im Stadtteil sowie eine
41 Stärkung der sozialraumorientierten Polizeiarbeit mit dem Ausbau der
42 Bezirksdienste der Polizei NRW, die auf Transparenz, Verständnis und
43 Einvernehmen in Dialogprozessen setzt;
- 44 5. eine unabhängige Untersuchung von Polizeieinsätzen mit tödlichem Ausgang
45 durch eine andere Kreispolizeibehörde, die nicht aus der unmittelbaren
46 Nachbarschaft der betroffenen Dienststelle stammt, um Neutralität und
47 Unabhängigkeit der Ermittlungen zu gewährleisten und mögliche
48 Interessenskonflikte oder den Anschein möglicher Interessenskonflikte, die
49 bei benachbarten Polizeibehörden aufkommen könnten, zu vermeiden;
- 50 6. die Einführung von schriftlichen Bestätigungen bei einer polizeilichen
51 Kontrolle auf Wunsch der betroffenen Person, denn Transparenz und
52 Überprüfbarkeit polizeilicher Maßnahmen tragen zum Vertrauen in den
53 Rechtsstaat bei.

54 Darüber hinaus werden wir weiter über die Regularien zum Tragen und Einschalten
55 der Bodycam, möglicherweise als automatisierte Aktivierung bei Nutzung des
56 Tasers diskutieren. Wir wollen dabei sowohl die Persönlichkeitsrechte von
57 unbeteiligten Dritten sowie die Argumente für mehr Transparenz und
58 Nachvollziehbarkeit eines Einsatzes, auch im Sinne der Beamt*innen und von
59 Rassismus Betroffenen, abwägen und in Einklang bringen.

60 Als GRÜNE NRW stehen wir für eine rechtsstaatliche Polizei ein, die die
61 Menschenwürde schützt, gut aus- und fortgebildet ist und bei schwierigen
62 Polizeieinsätzen auf Deeskalation setzt. Die übergroße Mehrheit der
63 Polizeibeamtinnen und -beamten vertritt die Werte unseres Grundgesetzes und
64 handelt jeden Tag danach. Es ist auch in ihrem Interesse, dass die Hintergründe
65 bei tödlichen Polizeieinsätzen sowie zu einem möglichen Fehlverhalten von
66 Kolleg*innen aufgeklärt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass
67 Sicherheitsstrukturen Vertrauen schaffen – gerade auch für Menschen, die von
68 Rassismus betroffen sind.

Beschluss Aufruf an die Bundesregierung: unnötige Castortransporte verhindern!

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz

Beschlussdatum: 24.05.2025

Tagesordnungspunkt: 11. Dringlichkeitsanträge

Antragstext

- 1 Angesichts der beeindruckenden Fortschritte bei der Energiewende, vor allem hier
2 bei uns in NRW, in den letzten Jahren und einer sich immer weiter
3 verschleppenden Endlagersuche in Deutschland zu horrenden Kosten, wirkt der
4 aktuelle Beschluss unseres Nachbarlandes Belgien, den eigenen Atomausstieg
5 wieder rückgängig zu machen, wie aus der Zeit gefallen.
- 6 Für uns GRÜNE in Nordrhein-Westfalen ist klar: Eine Rückkehr zur
7 Hochrisikotechnologie Atomkraft ist weder notwendig für das Erreichen der
8 Klimaziele noch für die Sicherstellung der Energieversorgung. Vielmehr war die
9 Nutzung der Atomkraft aufgrund der vielfältigen Risiken und Folgekosten von
10 Anfang an ein gewaltiger Fehler.
- 11 In Nordrhein-Westfalen wird offensichtlich, dass der Atomausstieg mit dem
12 Abschalten der letzten Atomkraftwerke im Jahr 2023 noch lange nicht beendet ist.
13 Noch über viele Jahrzehnte hinweg werden verantwortungsvolle Entscheidungen
14 bezüglich der atomaren Hinterlassenschaften getroffen und gesellschaftlich
15 getragen werden müssen. In Nordrhein-Westfalen betrifft dies insbesondere den
16 Betrieb der Urananreicherungsanlage in Gronau, die trotz Atomausstieg weiterhin
17 betrieben wird, das Zwischenlager in Ahaus, den Rückbau des THTR-300 in Hamm
18 sowie den Umgang mit den Brennelementen aus dem AVR-Versuchsreaktor in Jülich.
- 19 Im Forschungszentrum Jülich, liegen noch immer rund 300.000 Brennelementekugeln
20 in 152 Castor-Behältern - ohne gültige Genehmigung. Die letzte
21 Aufbewahrungsgenehmigung lief bereits 2013 aus. 2014 erließ die damalige
22 Landesregierung die Anordnung, die Brennelemente unverzüglich zu entfernen –
23 umgesetzt wurde sie bis heute nicht. Die JEN als Betreiberin des
24 Forschungszentrums muss in Abstimmung mit dem Bundesamt für die Sicherheit der
25 nuklearen Entsorgung (BASE) endlich eine klare Perspektive für eine
26 genehmigungsfähige Lagerung in Jülich schaffen. Das ist die zwingende
27 Voraussetzung dafür, dass die jetzige Landesregierung die Anordnung zurücknehmen
28 kann.
- 29 Wir GRÜNE NRW lehnen die Verschiebung von Atommüll wie von Jülich nach Ahaus ab.
30 Jetzt braucht es ein klares Signal der Bundesregierung für die sogenannte
31 "Neubauoption", die bisher immer von den FDP- und SPD-geführten Ministerien
32 blockiert wurde. Für uns GRÜNE NRW ist klar: Wir setzen uns gemeinsam mit der
33 Landesregierung für die Durchsetzung unseres Koalitionsvertrages ein und treiben
34 den Neubau am Standort Jülich voran, um unnötige Atomtransporte zu vermeiden.
- 35 Dazu haben die Landesregierung und Mona Neubaur als die zuständige Ministerin
36 bereits Vorkehrungen geschaffen und entsprechende Haushaltsmittel zum Erwerb von
37 Grundstücken eingestellt. Nach dem noch unter der Ampel getroffenen Beschluss
38 des Haushaltsausschusses im Bundestag, die kostengünstigste Option zu
39 bevorzugen, braucht es jetzt endlich einen freien Weg zum Erwerb der
40 Grundstücke. Ansonsten steuert Nordrhein-Westfalen auf den größten

41 Atommülltransport in der Geschichte des Landes zu. Das darf nicht passieren! Die
42 neue Bundesregierung hat das Geld für die Schaffung der Voraussetzungen für den
43 Verbleib der Brennelemente in Jülich seit dem neuen Sondervermögen allemal.

44 Die Möglichkeit, ein Zwischenlager ausschließlich aus Landesmitteln zu
45 realisieren, gab es nie und sie stand auch nie zur Debatte. Es liegt auch nicht
46 in der Verantwortung des Landes, die Kosten für die Lagerung von Atommüll aus
47 einer Forschungseinrichtung des Bundes alleinig zu tragen. Hinzu kommt, dass die
48 dafür notwendigen hunderte von Millionen Euro im Landeshaushalt schlichtweg
49 nicht verfügbar sind und, unter der Maßgabe der rigiden Schuldenbremse, zu
50 weiteren schmerzhaften und nicht zu verantwortenden Einsparungen aller anderen
51 Ressorts führen müssten.

52 Mit Blick auf das bundesweite Standortauswahlverfahren für ein atomares Endlager
53 müssen wir davon ausgehen, dass wir besonders in NRW noch viele Jahrzehnte
54 länger Verantwortung für die Zwischenlagerung von Atommüll übernehmen müssen als
55 ursprünglich geplant. Dieser Verantwortung werden auch wir GRÜNE NRW nachkommen.
56 Umso mehr fordern wir die Bundesregierung auf, ihrer finanziellen Verantwortung
57 in dieser Frage ebenfalls nachzukommen.

58 Für den Neubau eines Zwischenlagers in Jülich braucht es nicht nur Geld und
59 Grundstücke, sondern auch insbesondere eine atomrechtliche Genehmigung, die zum
60 aktuellen Zeitpunkt weiterhin nicht vorliegt. Ein entsprechendes
61 Genehmigungsverfahren ist durch die zuständigen Stellen im Bund nicht einmal
62 gestartet. Genauso wenig wie eine Verlängerung der Betriebsgenehmigung für das
63 bestehende Zwischenlager. Diese wäre aber die Voraussetzung für die Überbrückung
64 der Lagerung bis zur Fertigstellung eines neuen Zwischenlagers. Auch für diese
65 Genehmigung ist die Bundesebene mit dem zuständigen Bundesamt für die Sicherheit
66 der nuklearen Entsorgung (BASE) im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
67 Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit zuständig.

68 Mit dem Amtsantritt der neuen Bundesregierung wird leider immer
69 wahrscheinlicher, dass das Genehmigungsverfahren zur Beförderung der
70 Kernbrennstoffe von Jülich nach Ahaus, das seit dem Jahr 2010 bei dem dafür
71 jetzt zuständigen BASE läuft, zeitnah mit einer Genehmigung abgeschlossen wird.
72 Ein solcher Ausgang und die damit verbundenen jahrelangen CASTOR-Transporte –
73 bis zu 152 Mal, fast 200 Kilometer mit allen damit verbundenen Gefahren und
74 Risiken, wären für Nordrhein-Westfalen fatal.

75 Wir GRÜNE NRW fordern die Bundesregierung daher mit Nachdruck auf, gemeinsam mit
76 der nordrhein-westfälischen Landesregierung jetzt alle notwendigen Schritte zu
77 ergreifen, um die unnötigen und gefährlichen Atommülltransporte quer durch NRW
78 zu verhindern und den Neubau eines genehmigungsfähigen Zwischenlagers in Jülich
79 endlich zu ermöglichen.

Beschluss Weil die Demokratie wehrhaft sein muss – AfD Verbotsverfahren vorbereiten und einleiten

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 24.05.2025
Tagesordnungspunkt: 11. Dringlichkeitsanträge

Antragstext

1 Die AfD ist eine rechtsextreme Partei. Diese geäußerte Einschätzung des
2 Bundesamts für Verfassungsschutz kann in der Sache nicht überraschen. Wer die
3 AfD in Parlamenten oder im Netz beobachtet, sieht immer wieder, wie sie Menschen
4 mit internationaler Familienbiografie ihre Würde ganz oder teilweise abspricht,
5 gegen queere Menschen hetzt und staatliche Institutionen verächtlich macht.

6 Die AfD hat sich in den vergangenen Jahren von einer europakritisch-
7 populistischen über eine völkisch-nationalistische hin zu einer klar
8 rechtsextremen Partei entwickelt. Ihr ethnisch definierter Volksbegriff ist
9 unvereinbar mit der Menschenwürde – und damit mit der freiheitlich-
10 demokratischen Grundordnung. Aus unserer Sicht sind damit die Voraussetzungen
11 und damit die Verpflichtung unsererseits für ein Parteiverbotsverfahren gemäß
12 Artikel 21 Absatz 2 Grundgesetz gegeben.

13 Dieser Artikel schafft nicht nur die Möglichkeit eines Verbotsverfahrens – über
14 das in der Sache das Bundesverfassungsgericht entscheidet –, sondern formuliert
15 auch einen klaren Auftrag: Die Demokratie ist wehrhaft und sie muss wehrhaft
16 bleiben. Es braucht einen Verbotsantrag gegen diese völkische, rechtsextreme
17 Partei, damit das Bundesverfassungsgericht über ihre Verfassungswidrigkeit
18 entscheiden kann. Bündnis 90/Die Grünen NRW setzen sich deshalb politisch und
19 gesellschaftlich auf allen Ebenen für ein solches Verfahren ein.

20 Niemand behauptet, ein Verbot allein könne rechtsextreme Einstellungen,
21 strukturelle Beschleuniger für rechtsextremes Gedankengut, Propaganda-
22 Algorithmen oder das schwindende Vertrauen in demokratische Institutionen
23 beheben. Wir brauchen weiterhin eine lebendige demokratische Zivilgesellschaft,
24 die Auseinandersetzung mit menschenverachtenden Einstellungen, einen Staat, der
25 einfach funktioniert, und vieles mehr, um den Rechtsextremismus zurückzudrängen.
26 Ein Verbot der AfD hat den entscheidenden Vorteil, dass staatliche
27 Parteienfinanzierung nicht mehr für rechtsextremen Hass und menschenverachtende
28 Hetze eingesetzt werden kann, dass Parteistrukturen zerschlagen werden, die
29 aktuell tief in die rechtsextreme, gewaltbereite Szene hineinreichen, und
30 Nachfolgeorganisationen verboten sind. Ein Verbot der AfD bedeutet eine
31 Schwächung des organisierten Rechtsextremismus in Deutschland.

32 Ein Verbotsverfahren beantwortet zudem die entscheidende Frage: Sind
33 Demokrat*innen bereit, wehrhaft zu sein? Sind sie bereit, nicht nur inhaltlich
34 gegen Rechtsextremismus zu kämpfen, sondern auch die rechtlichen Grenzen zu
35 ziehen, die unsere Verfassung gegenüber antidemokratischen Parteien vorsieht,
36 die unsere freiheitlich demokratische Grundordnung beseitigen oder
37 beeinträchtigen wollen?

38 Einen Verbotsantrag beim Bundesverfassungsgericht zu stellen, heißt nicht nur,
39 von einem Instrument des Grundgesetzes Gebrauch zu machen. Es heißt, dem Auftrag

- 40 nachzukommen, den uns die Mütter und Väter des Grundgesetzes vor 76 Jahren auf
41 den Weg gegeben haben.
- 42 Lasst uns zusammen für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung streiten!
43 Für unsere Freiheit, für unsere Demokratie, für die Würde der Menschen!